



Die CDU-Rathausfraktion begrüßt, daß die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan für das Linde Areal am Donnerstagabend beschlossen hat. Das sah vor zwei Wochen noch nicht so aus. Statt die Schaffung von Baurecht auf den Weg zu bringen, hatten Grüne, SPD und Linke & Piraten die Vorlage im Umweltausschuß zunächst gestoppt.

Im Ausschuß für Planung, Bau und Verkehr hatten SPD und Grüne der Vorlage dann zugestimmt. Diese Ansicht setzte sich nun in der Stadtverordnetenversammlung durch. Die CDU zeigt sich zufrieden: Die Schaffung von Wohnraum ist eine der größten Herausforderungen für Wiesbaden.

Wenn Projekte wie das Linde Areal aus ideologischen Motiven aufgehalten werden, führt das dazu, daß praktische Probleme nicht gelöst werden können. Wäre das Linde Quartier weiter verzögert worden, hätte dieses Vorgehen dazu geführt, daß soziale Ziele und Wirtschaftlichkeitsaspekte einerseits und der Bau dringend benötigten Wohnraums andererseits nicht hätten verwirklicht werden können.

Man ist edrleichtert, daß für die Realisierung des Linde AREals kurz vor Startschuß nach jahrelangen Vorbereitungen und Verhandlungen nicht noch weitere Steine in den Weg gelegt werden.

Mit dem Vorwand, die Klimafolgen einer Bebauung des Linde Areals untersuchen zu wollen, hatten die Grünen im Umweltausschuß die Vorlage aufgehalten. Dabei ungeachtet blieb die Tatsache, daß das Projekt kurz vor dem Abschluß stand und eine klimatische Expertise bereits Teil der Begründung des Bebauungsplans gewesen ist.

„Es kann nicht sein, daß Verfahren die nahezu fertig sind, unter dem Stichwort Klimanotstand überrollt werden. Gut, daß sich in diesem Fall letztlich die Pragmatik durchgesetzt hat.

Daß bei dem Ansinnen die Klimafolgen nochmals zu beleuchten, statt Pragmatik Ideologie im Vordergrund stand, zeigt sich schon daran, daß durch eine Umsetzung der Planungen fürs Linde Areal klimatische Verbesserungen vor Ort erreicht werden. All das ist in der Begründung zum Bebauungsplan dargelegt und gutachterlich bestätigt.

Insofern wird den klimatischen Bedenken nicht nur Rechnung getragen, sie wurden bereits bei der Entwicklung des Gebiets einbezogen. Dies trägt bereits dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung aus dem Juni Rechnung, der vorsieht, daß bis Mitte 2020 Strukturen und Verfahren entwickelt werden sollen, die sicherstellen, daß der Klimaschutz als wichtiger Aspekt kommunalen Handelns auf allen Ebenen und in allen Prozessen verankert wird.

Dieser Beschluß darf nicht als Argument dafür verwendet werden, daß die Stadt Wiesbaden bis Mitte 2020 keine Baugebiete mehr ausweist und die Schaffung von Wohnraum unmöglich macht.